

anstehende Funktionalreform bietet eine Gelegenheit dazu. Rationalisierung und Funktionalreform scheinen deshalb ein zur Zeit recht wirksames Mittel zur Eindämmung der Personalfut. Eine gründliche Reform des öffentlichen Dienstrechts wäre sicher noch eine weitere Voraussetzung. Es müßte vor allem einen flexibleren Personaleinsatz je nach Arbeitsanfall ermöglichen. Hierfür ist zwar der Bundesgesetzgeber zuständig. Der Druck der Länder auf eine baldige vernünftige Lösung sollte aber verstärkt werden.

Die Forderungen nach mehr und besseren Leistungen sollte aber nicht immer mit Forderungen nach mehr Personal verbunden werden.

An erster Stelle aller Maßnahmen zur Eindämmung der Personalfut steht aber nach Meinung der SPD-Fraktion die Fortsetzung der erfolgreich begonnenen Bemühungen der Stellenplankommission, die Personalanforderungen intensiv auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

F.D.P.: Aufgaben- und leistungsbezogene Personalwirtschaft

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Werner Heibig:

Ein nachträgliches spektakuläres „Nein“ zu der vertraglich abgesicherten Arbeitszeitreduzierung im öffentlichen Dienst, das sich grundsätzlich jedoch nicht durchhalten läßt, führt zu nichts. Entscheidend ist es, dafür zu sorgen, daß sich die verringerten Arbeitszeiten nicht negativ auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes für die Bevölkerung auswirken. Die vorläufige Entscheidung der Landesregierung zur neuen Dienstzeitregelung trägt dieser Überlegung Rechnung.

Für die zukünftige Personalwirtschaft der öffentlichen Hände ist die Arbeitszeitverkürzung nur ein Teilproblem. Entscheidend kommt es auf eine Reform des öffentlichen Dienstrechts an. Auf Bundesebene wird seit geraumer Zeit daran gearbeitet. Erste Ergebnisse liegen vor und sind Gegenstand eingehender Erörterungen in den verschiedensten Gremien. Angesichts der ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die sich schon bei der Erarbeitung der jetzt diskutierten Vorschläge ergaben, muß davon ausgegangen werden, daß bis zur Verabschiedung des neuen Dienstrechts noch gewisse Zeit vergeht.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch die von den Fraktionsvorsitzenden der SPD und F.D.P. eingeleiteten „Maßnahmen zur Begrenzung des Personal-etats“, die allein im Haushalt 1974 zu Einsparungen von 150 Millionen DM führen, deutlich gemacht, daß es gewillt ist, die Zeit zu nutzen. Auch an den Personalhaushalt 1975 wird ein strenger Maßstab angelegt werden.

Dadurch, daß die Ministerien schon bei den Beratungen zum Haushalt 1974 aufgefordert wurden, als Voraussetzung für künftige Beratungen der Personalhaushalte exakte Personalbedarfsberechnungen einzureichen, ist ein zusätzlicher Zwang zur Rationalisierung und Modernisierung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung gegeben. Der Stellenplanausschuß des Landtags wird hierauf — auch zugunsten der öffentlich Bediensteten — künftig ein besonderes Augenmerk legen.

Porträt

Rudolf Erberich hat ein Händchen für Organisation. Der 46jährige Direktor des Kreis Moerser Nahverkehrsunternehmens NIAG geht mit seinem Terminkalender so rationell um, daß er nicht nur Beruf, Mandat und zahlreiche Parteiämter, sondern auch noch freiwillig übernommene Bürden auf einen Nenner zu bringen weiß. Weil er gern und schnell hilft, geht in seiner Umgebung das ihn verpflichtende Wort um: „Der Rudi macht das schon!“

Ja, der Rudi macht es. Er betreut 800 Beschäftigte und holt die Verluste der NIAG-Autobuslinien über zwölf Reisebüros, firmeneigene Ferienwohnungen auf Mallorca und ein 53 Kilometer langes Eisenbahnnetz wieder herein. Er gehört dem arbeitsintensiven Landtagsausschuß für „Innere Verwaltung“ an und übernahm vor einem Vierteljahr noch den Vorsitz des entsprechenden Arbeitskreises der SPD.

Wenn es im Landtag um Besoldungsfragen geht, spricht Rudi Erberich für seine Fraktion. In den nächsten Monaten steht das Personalvertretungsgesetz an, das bis Jahresende verabschiedet sein muß. Der pragmatische Abgeordnete, der sich jugenhaftes Aussehen bewahrt hat, sieht im „Sparkassenmodell“, das den Arbeitnehmern eine „Drittelparität“ gibt, einen Kompromiß mit dem Koalitionspartner F.D.P. über die Mitbestimmung in kommunalen Eigenbetrieben.

Rudi Erberichs Weg in die Politik war nicht vom Elternhaus vorgezeichnet. Der Sohn eines unpolitischen Waldfacharbeiters hatte Lehrer werden wollen. Als er 1946 schon in einer Schule hospitierte, sollte er in einem Kloster die Lehrbefähigung für den Religionsunterricht nachholen. Ein alter Gewerkschaftler riet ihm damals: „Junge, es muß doch nicht die Schule sein. Du solltest Arbeitnehmer unterrichten. Mach bei uns die Bildungsarbeit!“ Und der Rudi machte es.

Mit großer Energie bereitete er sich in neun Lehrgängen, Volkswirt-



Rudolf Erberich (SPD)

schaft und Redetechnik eingeschlossen, vor. An den Verwaltungsakademien Düsseldorf und Münster studierte er bis zum Abschluß „Sozialverwaltungsdiplom“. 22 Jahre alt, wurde er 1950 Bildungssekretär der ÖTV. 1952 kam er als Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung nach Moers. Genau zehn Jahre später war er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks. Dem Rat der Stadt gehörte er von 1956 bis 1971 an, von 1961 bis 1968 als Chef der SPD-Fraktion. Zum Landtagsabgeordneten wurde er erstmals 1966 gewählt. Von 1964 bis 1971 war er stellvertretender Bürgermeister. Er trat ab, als er NIAG-Vorstand wurde.

Erberich ist noch einmal zurückgetreten. Das war im Februar 1974, als er mit der ihm eigenen Konsequenz seinen Sitz im Ausschuß für Verwaltungsreform niederlegte. Er wollte den seiner Meinung nach „unsinnigen“ Mehrheitsbeschluß seiner Fraktion, den südlichen Kreis Moers nach Duisburg zu geben, im Ausschuß nicht vertreten.

Um Tennis spielen zu können, hat Rudi Erberich gleich einen ganzen Club gegründet. Erholung sucht er auch auf der Jagd. Einmal nur im Jahr aber steigt der immer sachlich-korrekte Verkehrsunternehmer auf ein Gefährt besonderer Art um. Zu Karneval kauft er einen Zentner „Kamelle“, die er in seiner Heimatstadt Lich (Kreis Jülich) vom Prinzenwagen aus in die jubelnde Menge wirft. Viele Jahre lang hat er bei der KG „Maiblömsche“ als gefeierter Büttenredner beim „Damen-gruß“ die Männer und auch die eigene Partei durch den Kakao gezo-gen.

Gerd Goch